

Mai zeitung 2015

Rüsselsheimer
Aktionsbündnis für
soziale Gerechtigkeit



Foto: Möllenberg

Wir sind es wert!

Wer ein gutes Erinnerungsvermögen besitzt, weiß es längst: Seit der Wiedervereinigung sind die Reallöhne vor allem in Westdeutschland stark gesunken. Besonders betroffen sind Geringverdiener, d.h. vor allem Frauen und Alleinerziehende mit Einbußen von bis zu 20 Prozent; Durchschnittsverdiener konnten ihren Status – wenn überhaupt – gerade halten. Ursache dieser Fehlentwicklung ist eine Politik, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Firmen über eine solidarische und an Verteilungsgerechtigkeit orientierte Gesellschaftsentwicklung stellt. Dazu passt auch, dass deutliche Einkommenszuwächse nur das obere Zehntel der Gesellschaft zu verzeichnen hat. Spitze sind die Gehälter der Dax-Chefs. Sie ›verdienten‹ im Jahr 2014 durchschnittlich 5,3 Millionen Euro, was ein Plus von rund neun Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Forderungen der Gewerkschaften in den aktuellen Tarifrunden sind demgegenüber mehr als bescheiden.

Skandal Niedriglohn

Wie konnte es zu dieser ›Abwertung‹ menschlicher Arbeit in Deutschland kommen? Die Beantwortung dieser Frage muss die sogenannte ›Agenda 2010‹ der ersten SPD/Grünen-Bundesregierung in den Blick nehmen. Ein zentrales Anliegen der Agenda-Politik war die Schaffung eines Niedriglohnsektors. Mittlerweile hat Deutschland den höchsten Niedriglöhneranteil in Westeuropa. Fast ein Viertel aller deutschen Beschäftigten muss von einem Niedriglohn von zum Teil deutlich unter 9,50 Euro brutto leben, das sind mehr als acht Millionen Menschen. Ein Drittel aller Frauen bezieht nur einen Niedriglohn, bei Teilzeitbeschäftigten sind es sogar 40 Prozent. Durch den Niedriglohnsektor geraten die Lohn- und Gehaltsentwicklung ebenso unter Druck wie durch die Absenkung sozialer Standards infolge der Hartz IV Regelungen. Im Vergleich zu den westeuropäischen Staaten (ausgenommen Griechenland) hatte Deutschland seit 2000 die

schlechteste Lohnentwicklung. Diese wird auch durch die Erosion der Flächentarifverträge befördert. In Ostdeutschland ist die Tarifbindung zwischen 2000 und 2010 von 55 Prozent auf 49 Prozent zurückgegangen und in Westdeutschland von 70 Prozent auf 61 Prozent. Während vor diesem Hintergrund die Unternehmens- und Vermögenseinkommen inflationsbereinigt um stattliche 30,3 Prozent zulegten, stagnierten die Nettolöhne und Gehälter pro Arbeitnehmer.

Höhere Löhne und Gehälter sind möglich

Auch zwei weitere ökonomische Kerndaten haben sich aus der Perspektive der Arbeitnehmer/innen negativ entwickelt. Zwischen 1970 und 1990 verlief die Entwicklung der Bruttolöhne annähernd parallel zur Entwicklung der Produktivität. Es galt als eherne Regel, dass sich Produktivitätsfortschritte auch in entsprechenden Lohnfortschritten widerspiegeln. Unter dem Druck von Hartz IV und Niedriglohnsektor kam es zu einer Ent-

koppelung von Arbeitsproduktivität und Bruttolohn und somit einem Absenken der Lohnstückkosten um 3,5 Prozent gegenüber dem Jahr 2000. Im Vergleich dazu stiegen die Lohnstückkosten in Frankreich im gleichen Zeitraum um 2,5 Prozent. Deutschland übt massiven Druck auf seine europäischen Nachbarn aus. Die Bundesregierung und allen voran ihr Finanzminister Schäuble werden zu recht international für eine Politik kritisiert, die auf dem Prinzip gründet, wer kann den Arbeitnehmern die niedrigsten Löhne zahlen. Die angeblichen Reformen, die Deutschland von seinen Nachbarn und insbesondere von Griechenland fordert, sind absolut arbeitnehmerfeindlich. Deutschland will Europa zwingen, seine skandalöse Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu übernehmen.

Schlusslicht Hessen

Die aktuelle Wirtschaftslage und die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre lassen einen Spielraum für Lohn- und Gehaltsentwicklungen, der deutlich über den

Forderungen der Gewerkschaften in den aktuellen Tarifrunden liegt. Selbst die Bundesbank hält durchschnittliche Lohnerhöhungen im Umfang von drei Prozent für sinnvoll. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben also allen Grund aufrecht und selbstbewusst eine deutliche Aufwertung der Gehälter im Sozial- und Erziehungsdienst der Kommunen und im öffentlichen Dienst das Landes Hessen zu fordern. Tarifpolitisch spielt das schwarzgrün regierte Hessen aber eine besonders üble Rolle. Nach seinem Austritt aus der Tarifgemeinschaft der Länder ist Hessen der größte Tariffüchling der Republik. Während in den vergangenen Jahren das Land die bundesweiten Abschlüsse annähernd – auch für die Beamtinnen und Beamten – übernommen hatte, sollen in diesem Jahr den

Landesbediensteten deutlich niedrigere Abschlüsse zugemutet werden.

Aktuell muss die Entwertung unserer Arbeit gestoppt werden. Insbesondere in den Pflegeberufen und im Sozial- und Erziehungsdienst ist eine deutliche Aufwertung der Tätigkeiten, die sich auch in deutlich verbesserten Löhnen und Gehältern niederschlägt, dringend geboten. Allerdings: So wie der Mindestlohn von 8,50 Euro mittlerweile viel zu niedrig angesetzt ist, so können auch die mäßigen Lohn- und Gehaltserhöhungen in diesem Jahr die Negativentwicklung der vergangenen Jahre nicht kompensieren. Komende Tarifrunden müssen deutlich höhere Abschlüsse bringen, das sind wir auch unseren europäischen Nachbarn schuldig.

Aus dem Inhalt:

Öffentliche Armut in Rüsselsheim	S. 2
Spracherwerb für Flüchtlingskinder	S. 3
Pflege braucht Solidarität	S. 4
Eine neue Willkommenskultur?	S. 5
Gierige Griechen – ausgeplünderte Deutsche?	S. 6

Infrastruktur erhalten! Bilanz eines Jahres

›Schulen, Kindertagesstätten, Sporthallen, Spielplätze und Schwimmbäder, Museen, Theater und Archive, sind von entscheidender Bedeutung für den gleichberechtigten Zugang aller Menschen eines Gemeinwesens zu Gesundheit, Kultur und Bildung. Diese Einrichtungen sind ein zentraler Teil gesellschaftlicher Infrastruktur und müssten eigentlich – wie Straßen – für alle weitgehend kostenlos zur Verfügung stehen.« stellte die Maizeitung 2014 fest.

Das Resümee ein Jahr später fällt zwiespältig aus. Die Schließung des Theaters hat der Magistrat nach heftigen Protesten und 10.000 Unterschriften zwar vorläufig vom Spielplan genommen, aber die Eintrittspreise wurden unter dem Neusprech-Begriff

›Theatertaler als Solidarbeitrag um zwei Euro erhöht. Kitas und Krippen werden zwar, wenn auch nicht voll bedarfsdeckend, gebaut. Aber Personal fehlt, die Preise für das Mittagessen wurden mehr als verdoppelt, die Gebühren für Betreuungsschule und Musikschule erhöht, Horte und Betreuungsschulen für Schulkinder werden abgebaut. Das Hallenbad wurde trotz 11.000 Unterschriften beim Bürgerbegehren nicht repariert, aber eine Traglufthalle über dem Freibaden gibt Sportvereinen wieder Trainingsmöglichkeiten und ein Hallenbadneubau ist für 2017 angekündigt. Museum und Stadtarchiv, mit Landespreisen geehrt, sind nicht mehr unmittelbar von Schrumpfung bedroht. Für den Erhalt der Hauptmannschule haben sich im

März fast 10.000 Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimer in einem Bürgerentscheid ausgesprochen. Dies sind zwar wegen des extrem hohen 25 Prozent-Quorums etwas zu wenig, um unmittelbar Beschlusskraft zu erhalten, aber genug, um die bisherigen Mehrheiten in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung ins Wanken zu bringen. Eine große Zahl von Rüsselsheimerinnen und Rüsselsheimern ist zwar mit der praktizierten Politik unzufrieden, aber durchaus nicht politikverdrossen. Sie betrachten vielmehr die Polis als ihre Sache und nutzen die viel zu eingeschränkten demokratischen Mittel um immer wieder Pläne und Entscheidungen des OB und der Magistratsmehrheit in Frage zu stellen.

1. MAI 2015
DIE ARBEIT DER ZUKUNFT
GESTALTEN WIR!

1. Mai Kundgebung

10 Uhr Rüsselsheim, Löwenplatz

Redebeiträge
Bernd Schiffler, DGB Rüsselsheim
Jürgen Planert, DGB Region Südhessen
Ingrid Reidt, Betriebsseelsorge Rüsselsheim
N.N., ver.di, Stadtverwaltung Rüsselsheim

Ab 13:00 Uhr Mai-Feier im Naturfreundehaus Rüsselsheim
bei Bier, Wein, Essen, Kaffee, Kuchen und Musik

Vorabendveranstaltung:
29. April 2015, 19:00 Uhr
Stadhalle Rüsselsheim – Lassalle-Saal:
„Pädagogik mit dem Rücken an die Wand“
PädagogInnen aus Kitas, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen berichten über ihre Arbeit und ihre Arbeitsbedingungen

V.i.S.d.P.: DGB OV Rüsselsheim, c/o Bernd Schiffler, Georg-Fischer-Str. 17a, 65474 Bischofsheim

Öffentliche Armut in Rüsselsheim



Öffentliche Armut in Deutschland ist allgegenwärtig und unübersehbar. Fehlende Lehrkräfte und Erzieherinnen, geschlossene öffentliche Bibliotheken und Jugendtreffs, marode Schulen und Sportanlagen, schlaglochübersäte Straßen, einsturzgefährdete Brücken ... Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Mehr und mehr ist diese öffentliche Armut auch in Rüsselsheim sichtbar. Kürzen, streichen, abbauen – die Stadt fährt seit langem einen Schrumpfkurs.

Blühende Blumenkübel gab es gestern

Flächendeckende Jugend- und Seniorentreffs gehören schon lange der Vergangenheit an, mancher mag sich auch noch an blühende Blumenkübel und an ein sauberes Stadtbild erinnern. Fehlende Investitionen in die städtische Gebäudeunterhaltung rächt sich nun: die im letzten Jahr beabsichtigten Schließungen der Großsporthalle und des Lachebades mit der Begründung des zu hohen Sanierungsbedarfes spiegelten das Ausmaß an Vernachlässigung öffentlicher Werterhaltung aber auch das Ausmaß der Unfähigkeit der politisch Verantwortlichen wieder, sich an den Bedürfnissen der Stadtgemeinde zu orientieren. Glücklicherweise konnten durch engagierte Gegenwehr die Schließungen der Großsporthalle und des Lachebades verhindert werden.

Ab in die Anstalt?

Nun steht die Schließung des Eigenbetriebes Städtische Betriebshöfe an. Die Aufgaben – u.a. Müllentsorgung, Straßenreinigung, Grünpflege, Verkehrssicherung, Wertstoffhof – und die derzeitigen MitarbeiterInnen sollen überführt werden in eine Anstalt öffentlichen Rechts, die diese Aufgaben für die Städte Kelsterbach, Raunheim und Rüsselsheim wahrnehmen soll.

Das würde für Rüsselsheim bedeuten:

- Rüsselsheim gehen 200 Arbeitsplätze und 11 Ausbildungsplätze verloren
- das Verkehrsaufkommen steigt und damit steigt der Lärmpegel
- die Kommunalpolitik hat kaum noch Einfluss auf die Qualität der Dienstleistung
- mit höheren Gebühren und einem Abbau von Dienstleistungen ist zu rechnen
- eine direkte Kommunikation zwischen Dienstleister und den Bürgern ist nicht mehr gegeben
- die Beschäftigten einer Anstalt öffentlichen Rechts haben keinen Bezug mehr zu einer Gemeinde; dadurch entsteht eine Entfremdung zum Arbeitsauftrag und zum Bürger/zur Bürgerin
- der Arbeitsplatz der Beschäftigten ist nicht dauerhaft gesichert
- die Stadt Rüsselsheim haftet für die Verbindlichkeiten der Anstalt öffentlichen Rechts unbeschränkt

Warum also den Eigenbetrieb Städtische Betriebshöfe schließen?

Es wird behauptet, dass durch die Zusammenführung der Aufgaben in eine Anstalt öffentlichen Rechts Synergieeffekte entstehen und die Kosten (Bau der Anstalt, erhöhter Verwaltungsaufwand etc.) sich einspielen über Zuschüsse des Landes und Verkauf des Geländes an der Walter-Flex-Straße.

Aber: Der jetzige Eigenbetrieb läuft voll optimiert; dies hat eine externe Beraterfirma den Städtischen Betriebshöfen bescheinigt. Wenn weiter optimiert werden soll, muss dies auf Kosten der Beschäftigten und über einen Abbau an Dienstleistungen erfolgen. Synergieeffekte sind dies nicht – jedenfalls nicht für BürgerInnen und Beschäftigte. Die Zuschüsse des Landes sind einmalig; die Stadt Rüsselsheim haftet jedoch für die Anstalt öffentlichen Rechts dauerhaft – hier könnte ein Millionengrab für die Stadt entstehen. Und das Grundstück Walter-Flex-Straße? Dieses Grundstück zwischen Stadtwerken und Bahnstrecke, am Rande der Nachtschutzzone des Frankfurter Flughafens, mit Altlasten aus Tankstelle und Werkstätten im Untergrund wird wohl kaum reißenden Absatz auf dem Immobilienmarkt finden.

Mit Steuergeldern im Casino spielen

Schließung des optimal arbeitenden städtischen Eigenbetriebes und Verlagerung der Kosten in eine Anstalt, auf die die Stadt kaum Einfluss hat, aber unbeschränkt haftet: Stadtpolitik sollte nicht im Casino spielen, sondern verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen. Wir fordern den Erhalt der Städtischen Betriebshöfe, den Erhalt der Dienstleistungen in städtischer Hand und den Erhalt unserer Ausbildungs- und Arbeitsplätze!

ver.di Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim

Erster Bürgerentscheid in Rüsselsheim

Am 22. März 2015 war die Bevölkerung Rüsselsheims aufgeufen, über den Erhalt der Gerhart-Hauptmann-Schule (GHS) abzustimmen. Bei einer Wahlbeteiligung von 25,9 Prozent stimmten 22,5 Prozent Bürgerinnen und Bürger für den Erhalt der beliebten Schule. Sie sprachen sich mit ihrer Stimme gegen eine geplante Zusammenlegung von Hauptmann-, Park- und Friedrich-Ebert-Schule am Standort Ebert-Schule aus, gegen den Abriss der GHS, gegen eine unüberschaubare, anonyme Mammut-Schule.

87,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen, 9890 Menschen sagten



»Nein« zur Schulpolitik des grünen Bürgermeisters Grieser und dem Spardiktat der schwarz-grünen Koalition im Rüsselsheimer Rathaus.

Unregelmäßigkeiten und Behinderungen

Zum Vergleich: Patrick Burghardt erhielt bei seiner Wahl zum Oberbürgermeister nur 6591 Stimmen. Dieses beeindruckende Ergebnis ist ein Meilenstein in der demokratischen Geschichte Rüsselsheims: Knapp 10.000 Menschen, die sich für eine Sache in Bewegung gesetzt haben. Und dies, obwohl es im Vorfeld und im Verlauf der Wahl am 22. März zu massiven Unregelmäßigkeiten und Behinderungen kam: Wahlberechtigte bekamen keine Wahlbenachrichtigung, Briefwahlunterlagen wurden verspätet oder gar nicht zugestellt, Wahllokale verfügten am Wahltag nicht über eine ausreichende Menge an Stimmzetteln, in zwei Wahllokalen war deshalb über eine längere Zeit keine Stimmabgabe möglich.

Oberbürgermeister Burghardt selbst war sich nicht zu schade, in der Woche vor der Wahl an den Einfallstraßen Transparente mit der Aufschrift: »Rüsselsheim freut

sich auf den Hessentag 2017« anbringen zu lassen, nur um einen Vorwand zu haben, die Anbringung von Transparenten der Bürgerinitiative an gleicher Stelle zu verhindern. Wenige Tage nach der Wahl waren die Hessentags-Transparente dann auch wieder verschwunden.

Stadtschulelternbeirat, das Kollegium der Parkschule, die Personalversammlung der Friedrich-Ebert-Schule und die GEW lehnen den Plan zur Schulzusammenlegung ab und unterstützen die BI für den Erhalt der Gerhart-Hauptmann-Schule.

Auch wenn das erforderliche Quorum zum Gewinn des Bürgerentscheids knapp verfehlt wurde (2,5 Prozent fehlende Ja-Stimmen), erwartet die BI jetzt die Diskussion und den Dialog mit allen Beteiligten über die Gestaltung der Rüsselsheimer Schullandschaft. Die BI fordert den Magistrat, CDU und Grüne auf, sich weg von Versuchen administrativen Durchsetzens und hin zu sinnvollen und akzeptablen Lösungen zu bewegen.

Marianne Flörsheimer, BI für den Erhalt der Gerhart-Hauptmann-Schule

Aufwertung im Sozial- und Erziehungsdienst: JETZT



Die Gewerkschaft ver.di führt seit dem 25. Februar 2015 Tarifverhandlungen mit der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) zur Entgeltordnung des Sozial- und Erziehungsdienstes. Ziel ist eine deutliche Aufwertung aller Berufe in diesem Bereich. Konkret geht es um eine bessere Bezahlung, sowie eine umfassende Reform der Eingruppierung. Die Erwartungen der Beschäftigten sind hoch. Die Vergütung im Verhältnis zur qualifizierten Ausbildung, zur pädagogischen Verantwortung und zur Bedeutung der Arbeit in allen sozialen Bereichen ist bei Weitem nicht mehr angemessen. Das Durchschnittsgehalt einer Erzieherin/eines Erziehers liegt mit etwa 600 Euro brutto unter dem vom statistischen Bundesamt für 2013 ermittelten Durchschnittsgehalt aller vollzeittätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die in der Erziehertätigkeit erbrachte Leistung muss neu be- und aufgewertet werden. Dies ist vor allem auch unter dem Aspekt des anhaltenden Fachkräftemangels dringend notwendig. Nach Schätzung der Bundesagentur für Arbeit fehlen derzeit mehr als 20.000 Fachkräfte. Dieser Mangel macht sich auch in Rüsselsheim bemerkbar. In den Kindertagesstätten sind ca. 17 Stellen unbesetzt. 17 Stellen, die durch vorhandene Fachkräfte mit abgedeckt werden müssen und zusätzliche Arbeitsverdichtung hervorrufen.

Attraktivität steigern

Ein Ansteigen des Bedarfs an Fachkräften, aufgrund des weiteren Ausbaus und der Verbesserungen von Qualität und Rahmenbedingungen, ist jetzt schon abzusehen. Will man junge Menschen für den Beruf begeistern, reicht es schon lange nicht mehr damit zu werben, dass Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ein toller Beruf ist. Man muss dem Nachwuchs den Beruf durch ein attraktives Gehalt, wie auch gute Rahmenbedingungen »schmackhaft« machen.



Ein weiterer Kritikpunkt ist die Eingruppierung von Kita-Leitungen, die sich nach der Platzzahl in der Kita richtet und damit schon lange die Tätigkeit von Leitungen nicht angemessen bewertet. Die Eingruppierung der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst mit Hochschulabschluss liegt deutlich niedriger als die Eingruppierung von Hochschulabsolventen anderer Bereiche. Der Beratungsbedarf von Kindern und Eltern nimmt stetig zu. So auch in Rüsselsheim. Die Verantwortung ist enorm. Gleichzeitig wächst der Druck durch Presse und Öffentlichkeit, unter dem Sozialarbeiter/-innen und Sozialpädagogen/innen tätig sind. Um den steigenden Anforderungen und Belastungen hier gerecht zu werden, muss auch hier eine bessere Eingruppierung erfolgen.

Bewegung auf Arbeitgeberseite gefordert

Leider gehen die Tarifverhandlungen nur schleppend voran. Die Arbeitgeber setzen unserer gewerkschaftlichen Forderung die finanzielle Schieflage der Kommunen entgegen. Von daher müssen wir uns auf eine längere Auseinandersetzung einstellen. Da dies nicht in unserem Sinne ist und auch Eltern selbstverständlich erwarten, dass hier eine schnelle Lösung am Verhandlungstisch erzielt wird, erwarten wir endlich Bewegung auf der Arbeitgeberseite.

ver.di-Vertrauensleute bei der Stadt Rüsselsheim

DGB, attac und Naturfreunde Rüsselsheim laden ein:

70 Jahre Ende 2. Weltkrieg – 70 Jahre Befreiung

Eine politisch-kulturelle Veranstaltung
Naturfreundehaus | 12. Mai 2015 | 19 Uhr

Thomas Frickel wird in einem einleitenden Vortrag »Die Amerikaner sind da« über das Ende des 2. Weltkriegs im Kreis Groß-Gerau berichten. Erich Schaffner, begleitet von Georg Klemp am Klavier, schlägt mit Liedern und Texten einen Bogen von den Ursachen für Faschismus und Krieg bis zu den Nachkriegsplänen und Hoffnungen. Der Chor der Rüsselsheimer Naturfreunde wird mit Friedensliedern die Veranstaltung einleiten und beenden.

In einem offenen Brief an den Hessischen Kultusminister Alexander Lorz (CDU) und den Staatssekretär für Integration und Antidiskriminierung im Hessischen Sozialministerium Jo Dreiseitel (Die Grünen) erheben die Kreisverbände der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis die dringliche Forderung, die Versorgung der Schulen für den Deutschunterricht und die pädagogische Förderung von Kindern und Jugendlichen, die als Flüchtlinge und Seiteneinsteiger in unsere Schulen kommen, zu verbessern.

An den Schulen in den Kreisen Groß-Gerau und Main-Taunus gibt es inzwischen 40 Intensivklassen für Kinder und Jugendliche, die ohne deutsche Sprachkenntnisse in unsere Region kommen. Die Einrichtung der Intensivklassen geht jedoch fast ausschließlich zu Lasten der Fördermaßnahmen für Kinder nichtdeutscher Herkunftssprache, obwohl diese Lehrerstunden in vollem Umfang für die Nachförderung nach dem Besuch der Intensivklasse und die

Unterstützung von Kindern mit nicht-deutscher Familiensprache in der zweiten und dritten Generation benötigt werden. Wenn man an einem Gymnasium versuchen würde, die notwendigen Stunden für die Aufnahme zusätzlicher Schülerinnen und Schüler durch Streichungen bei den bestehenden Klassen zu finanzieren, gäbe es einen Aufschrei.

Dass der Deutschunterricht für Flüchtlinge durch Kürzungen bei der Förderung von Kindern mit Sprachdefiziten organisiert wird, wird offensichtlich als normal angesehen.

Nicht hinnehmbar sind auch die langen Wartezeiten, bis die Kinder von dem beim Staatlichen Schulamt eingerichteten Aufnahme- und Beratungszentrum (ABZ) einer Intensivklasse zugewiesen werden, und die weiten Wege, die den oft traumatisierten Kindern für den Besuch einer Intensivklasse zugemutet werden.

Die GEW fordert deshalb eine bessere personelle Ausstattung des ABZ und eine deutliche Erhöhung der Zahl der Intensivklassen ohne

Anrechnung auf die allgemeine Deutschförderung. Die Obergrenze von 16 Kindern und Jugendlichen in einer Intensivklasse muss gesenkt werden, denn die Bandbreite reicht von Kindern, die noch nie eine Schule besucht haben, bis zu Jugendlichen, die in ihrem Heimatland bereits eine gute Schulbildung erfahren haben und nach einem intensiven Sprachtraining

sehr schnell den Anschluss finden und einen guten Schulabschluss erreichen können.

Viele Flüchtlinge kommen im jugendlichen Alter oder als junge Erwachsene nach Deutschland. Für sie müssen dringend Bildungsangebote bereitgestellt werden, die einen Zugang zu qualifizierten Berufen oder Weiterbildungsmaßnahmen ermöglichen. »Sie drohen

derzeit durch alle Raster zu fallen«, warnt die GEW in ihrem offenen Brief, dem sich Schulleitungen und Schulleitungsmitglieder von 21 Schulen aus den Kreisen Groß-Gerau und Main-Taunus und mehr als 100 Mitglieder von Personalräten in der Region angeschlossen haben.

Harald Freiling, GEW-Kreisverband Groß-Gerau



Foto: Hoefl

Hilferuf Rüsselsheimer Grundschullehrkräfte

Der Unmut in den Schulen über zunehmende Arbeitsbelastungen und Aufgabenfülle ohne finanzielle Kompensation oder Reduzierung der Stundenzahl wächst. In Rüsselsheim trafen sich die Personalräte Rüsselsheimer Schulen und haben einen »Hilferuf Rüsselsheimer Grundschullehrkräfte« verfasst. Für diesen Text wurden Unterschriften an allen Schulen gesammelt. Am 29. Mai 2015 findet in der Rüsselsheimer Stadthalle im Vorfeld des 1. Mai eine Veranstaltung »Pädagogik – mit dem Rücken zur Wand« statt. Hier werden Erzieher/innen, Grundschullehrer/innen, Lehrer/innen an weiterführenden Schulen und andere über die Arbeitssituation in ihren Einrichtungen berichten und diskutieren.

Die Schulpersonalräte der Rüsselsheimer Grundschulen haben sich zu einem Erfahrungsaustausch getroffen und in mehreren Runden über die Arbeitssituation an den Rüsselsheimer Grundschulen beraten. Einig sind wir uns in der Überzeugung, dass Lehrer/innen eine sehr verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben, in deren Mittelpunkt die Schülerinnen und Schüler stehen. Wir nehmen diese Verantwortung gerne wahr, **aber die Kinder und wir benötigen Unterstützung!!!**

- Die inklusive Beschulung erfordert Förderpläne, Schulberichte, Beratungsgespräche, Durchführung von Förderausschüssen, Kooperation mit verschiedenen Personen und Einrichtungen, erhöhten Aufwand bei der Diagnostik und der Vorbereitung eines noch differenzierteren Unterrichts. Hierfür sind die meisten Lehrer/innen nicht ausgebildet, geeignete Fortbildungsangebote fehlen. Die Aufgaben der Förderlehrkräfte sind so vielfältig, dass ihnen viel zu wenig Zeit bleibt die Klassenlehrer/innen zu unterstützen. Darüber hinaus erschwert eine zunehmende Zahl von Kindern mit erheblichen Verhaltensauffälligkeiten das Unterrichten und bringt ebenfalls viele Gespräche und Absprachen mit Eltern, Therapeuten und Beratungsstellen mit sich.
- Die völlig mangelhafte personelle Ausstattung führt gerade bei der Inklusion, die viele Grundschullehrkräfte im Grundsatz begrüßen und unterstützen, dazu, dass sich die Regelschullehrer/innen mit dieser Aufgabe allein gelassen fühlen. Gemessen an den neuen Aufgaben ist die Stundenzuweisung viel zu gering, **die Kinder erhalten nicht die dringend benötigte Förderung, die ihnen zusteht.**
- In Rüsselsheim werden auch in den kommenden Monaten weitere Flüchtlinge und Asylbewerber aus Kriegs- und Krisengebieten erwartet. Mittel für Intensivkurse und Seiteneinsteigerklassen wurden unrealistisch kalkuliert, d.h. sie wurden zu knapp bemessen. Deshalb werden neue Kinder nur notdürftig ohne pädagogische Förderung betreut. **Das Land muss für jedes neue Kind die nötigen Mittel sofort zur Verfügung stellen.**
- Die Entwicklung zur Ganztagsgrundschule verlangt neben der Erstellung von Konzepten und verstärkter Kommunikation mit Betreuungskräften und Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen die Erledigung vieler organisatorischer Aufgaben. Präsenz- und Betreuungszeiten weiten die Arbeitszeit aus.
- Evaluation (Schulinspektion, zentrale Lernstandserhebungen, kommentierte Deutschnoten usw.) bedeutet in der Summe erhöhten Arbeitsaufwand.
- Eine ausufernde Bürokratie, zu große Klassen und mangelnde Planungssicherheit wegen unsicherer Ressourcenzuweisung erschweren zusätzlich die Arbeit.
- Die Lärmbelastung durch den Frankfurter Flughafen und mangelnder Lärmschutz mindern den Lernerfolg (NORA-Studie), schäbige, muffelnde Toiletten, erhöhtes Schmutzaufkommen und Hygieneprobleme durch überlastetes Putzpersonal, gehören leider zum Alltag.

Die Lehrkräfte fürchten nicht nur um ihre eigene Gesundheit, sondern auch um die der Schülerinnen und Schüler.

Die Arbeitsbelastungen an den Grundschulen erhöhen sich kontinuierlich, ohne dass die politischen Verantwortlichen auch nur in Ansätzen über substantielle Verbesserungen nachdenken. Das Vorhaben der hessischen Landesregierung, für die beamteten Lehrer/innen in dieser Tarifrunde eine Nullrunde durchzusetzen, zeigt uns auch, wie wenig unsere Arbeit wertgeschätzt wird.

Informations- und Diskussionsveranstaltung

**Pädagogik – mit dem Rücken zur Wand
Beschäftigte packen aus**

**29. April 2015 | 19.00 Uhr
Stadthalle Rüsselsheim, Lassallesaal**

Die Arbeitsbelastung in Kindertagesstätten, Schulen und anderen Bildungseinrichtungen hat in den vergangenen Jahren kontinuierlich zugenommen. Steigende Anforderungen durch Personalmangel, Sprachenvielfalt, veränderte Kindheit, Inklusion und eine ausufernde Bürokratie bestimmen den pädagogischen Alltag. In den Medien wird zwar viel über schöne Projekte und von offizieller Seite geplante Vorhaben berichtet, der kritische Blick hinter die Fassade unterbleibt allzu oft.

Im Vorfeld des ersten Mai berichten Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer sowie Mitarbeiter/innen aus Horten und der Schulsozialarbeit von ihrem Arbeitsalltag. Probleme der Schulentwicklungsplanung (Park- und Ebert-Schule, die geplante Schließung der Gerhart-Hauptmann-Schule) kommen ebenso zur Sprache wie der vielerorts anstehende Sanierungsbedarf. Der »Hilferuf Rüsselsheimer Grundschullehrkräfte« wird vor- und zur Diskussion gestellt.

Wir wollen mit dieser Veranstaltung Kolleg/innen aus unterschiedlichen Bildungseinrichtungen ein Forum zum Gespräch und zur Kritik an vorhandenen Missständen bieten und der bildungspolitisch interessierten Öffentlichkeit Informationen aus erster Hand geben.

Veranstalter:
DGB Ortsverband Rüsselsheim, DGB Kreisverband Groß-Gerau, Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit, ver.di Vertrauensleute bei der Stadtverwaltung Rüsselsheim, GEW Kreisverband Groß-Gerau

Minijobs – minimale Anerkennung und maximales Armutsrisiko

Sie sind zum festen Bestandteil des Arbeitsmarkts geworden: Minijobs bzw. geringfügige Beschäftigungsverhältnisse auf 450-Euro-Basis. 7,57 Mio Menschen waren laut Bundesagentur für Arbeit Ende 2014 geringfügig beschäftigt, 67 % davon ausschließlich. Insbesondere im Einzelhandel, in der Reinigung, im Hotel- und Gaststättengewerbe wie auch in Privathaushalten boomt diese Beschäftigungsform und ersetzt sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Betroffen sind in der Mehrzahl Frauen. Die wenigsten von ihnen profitieren von dieser Form der Beschäftigung. Das Gegenteil ist der Fall: Minijobs sind in hohem Maße prekär und machen arm: Sie schaffen keine Existenzgrundlage für die Gegenwart und produzieren durch geringe Rentenbeitragszahlungen Altersarmut in einer Dimension, die mit Blick auf die nächste Generation unverantwortlich ist.

Dazu kommt: Auf 450-Euro-Basis zu arbeiten garantiert keinesfalls ein gesichertes Gehalt in Höhe

dieses Betrags, sondern lediglich, dass diese Lohngrenze nicht überschritten werden darf. Wie viele Stunden zu welchem Stundelohn und zu welchen Konditionen abgeleistet werden müssen, wird sehr individuell von den Arbeitgebern gehandhabt und gestaltet sich erschreckend oft als ausbeuterisch. Nicht selten werden Urlaubszeiten untergraben, Krankheitstage nicht bezahlt oder ein Höchstmaß an Flexibilität gefordert, das in keinem Verhältnis steht. Geringfügig beschäftigt zu sein heißt oft auch geringfügig geschätzt zu sein.

Hohes Armutsrisiko

Dass arbeitsrechtliche Vereinbarungen innerhalb eines Betriebes auch für Minijobber gelten, das wissen die wenigsten. In einem tarifgebundenen Unternehmen haben Minijobber die gleichen Rechte wie die sozialversicherungspflichtigen Angestellten. Diese Rechte werden immer wieder unterlaufen und zu wenig von den Betroffenen eingefordert. Minijobber erleben sich innerhalb

der Belegschaft nicht selten als Beschäftigte zweiter Klasse. In bestimmten Branchen oder auf Teilzeitbasis wird es zunehmend schwerer, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finden. Immer wieder begegnen mir in der Betriebsseelsorge Menschen, vorrangig Frauen, die gezwungen sind, diese prekären Beschäftigungen, manchmal auch mehrere Minijobs nebeneinander anzunehmen.

Wer auf Minijobs alleine angewiesen ist, trägt maximales Armutsrisiko mit minimaler Anerkennung. Das ist entwürdigend und beschämend für eine reiche Gesellschaft, wie Deutschland sie darstellt. Wertschätzung von Beschäftigten, insbesondere von Frauen, verlangt politischen Willen und entsprechende Taten. Sie beginnt mit der radikalen Reduzierung bzw. Abschaffung von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und einem Angebot von Arbeitsverhältnissen mit Sozialversicherungspflicht und existenzsichernden Löhnen.

Ingrid Reidt, Katholische Betriebsseelsorge Rüsselsheim

Armut – nur auf dem Papier?



Seit 2007 alle Jahre wieder erscheint der Kreismonitor Sozialdaten. Er soll »... eine aussagefähige Argumentationsgrundlage für Handlungsbedarfe und politische Entscheidungen darstellen« – so die Konzeptbeschreibung.

Armut in Rüsselsheim

Im Rüsselsheimer Sozialausschuss zeigten im März die Mehrheitsfraktionen allerdings, dass es Ihnen mit den Schlussfolgerungen für politische Entscheidungen nicht so dringlich ist und verschoben die Behandlung. Hier zwei für Rüsselsheim wichtige Informationen:

Besonders erschreckend ist, dass 23,7 Prozent aller Kinder (0-14 Jahre) in Rüsselsheim von Hartz IV bzw. Sozialhilfe leben. Und dieser Anteil ist – entgegen aller Propaganda über die tolle wirtschaftliche Lage – seit Beginn der Berichterstattung steigend. Genauso wie bundesweit die Armutsquote.

Armut in Deutschland

Der Paritätische Gesamtverband weist auf Basis der amtlichen Sozialberichterstattung in seinem aktuellen Bericht nach:

- Die Armut in Deutschland hat mit einer Armutsquote von 15,5 Prozent (im Kreis Groß-Gerau sogar 18,1 Prozent) ein neues Rekordhoch erreicht und umfasst rund 12,5 Millionen Menschen.
- Die Kinderarmut bleibt in Deutschland weiterhin auf sehr hohem Niveau. Die Armutsquote der Minderjährigen ist von 2012 auf 2013 auf 19,2 Prozent gestiegen, dem höchsten Wert seit 2006.
- Erwerbslose und Alleinerziehende sind die hervorstechenden Risikogruppen.

der Alleinerziehenden von Hartz IV – das liegt u.a. an den mangelhaften Ganztagsbetreuungsangeboten, was für viele Alleinerziehende die Aufnahme einer arbeitsverhindernden Arbeit unmöglich macht. Ein wichtiges Feld für politische Entscheidungen!

Armut – nur ein statistischer Effekt?

Armut, gar steigende, im Siegerland der kapitalistischen Wirtschaftskonkurrenz? Das kann es doch nicht geben. Also reden und schreiben kapitalfreundliche Presse und Politiker gegen die nachgewiesenen Tatsachen an. Vor einigen Jahren auch von FDP-Politikern gerne verwendet wurde Bill Gates. Wenn der mit seinen 50 Milliarden Vermögen und entsprechendem Einkommen hierherzöge würde das Durchschnittseinkommen enorm steigen und damit auch die als sechzig Prozent davon definierte Armutsgefährdungsgrenze – unter die dann sehr viel mehr Menschen fielen. Nachdem inzwischen viele wissen, dass die Statistiker als Bezugsgröße nicht den von Extremwerten deutlich abhängigen Durchschnitt, sondern den davon fast unberührten Zentralwert (Median) verwenden, kommt das nur noch selten vor, bei Wirtschaftsjournalisten von WELT und FAZ zum Beispiel.

Ministerielle Verfeinerung und Realität

Etwas verfeinert FAZ und »Sozialministerin Andrea Nahles (SPD): »Verdoppeln sich in einer Gesell-

schaft alle Einkommen, verdoppelt sich nach dieser Definition nämlich automatisch auch die Armutsquote.« Wenn's denn mit dem Verdoppeln nur so wäre! Tatsächlich hat sich der Einkommensmedian von 2000 bis 2013 in realer Kaufkraft gerade mal um drei bis sechs Prozent (je nach verwendetem Stichprobenverfahren) erhöht, im Jahresdurchschnitt also im Promillebereich. Die Armutsquote stieg von 2007 bis 2013 aber um 11 Prozent.

Die Einkommen des ärmsten Zehntels nahmen preisbereinigt von 1999 bis 2011 sogar um etwa 10 Prozent ab. Nur auf dem Papier?

Worauf es ankommt!

Lesen und interpretieren genügt allerdings nicht, es kommt darauf an, die in Zahlen widerspiegelten Zustände zu verändern – nicht auf dem Papier!

Heinz-Jürgen Krug, attac



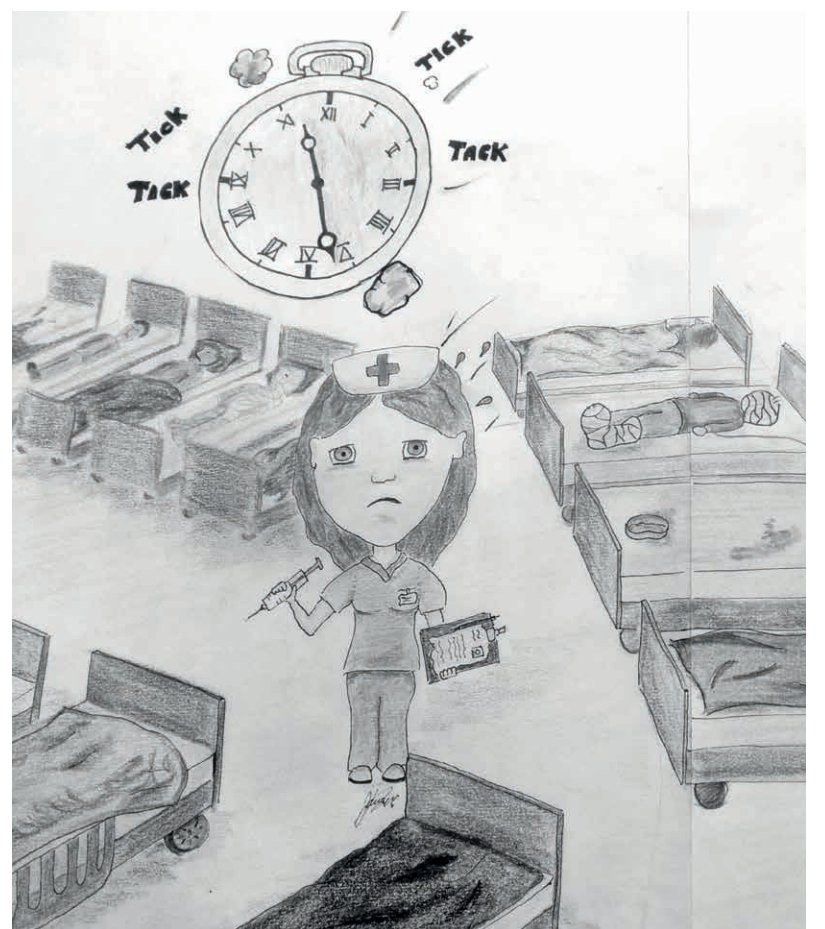
Foto: Hoeft

Pflege braucht Solidarität!

Einrichtungsübergreifende Solidaritätsaktion von und mit Beschäftigten in der Pflege am Internationalen Tag der Pflege – 12. Mai 2015 – Eine Initiative des Netzwerks Pflege in Rüsselsheim

Die Pflege alter, kranker Menschen ist eine gesellschaftlich wichtige, anspruchsvolle und harte Arbeit, die unter Zeitdruck, Personalmangel und strengem Regiment der Wirtschaftlichkeit geleistet werden muss. Die Grenzen der Belastbarkeit von Pflegenden im gegenwärtigen System sind längst erreicht.

Mehr Respekt, Ansehen und (monetäre wie gesellschaftliche) Anerkennung verdienen alle, die diese Arbeit leisten und damit einen für den Menschen unabdingbar wichtigen Dienst tun! Mehr noch: Der Fachkräftemangel, der demographische Wandel sowie die oft widrigen Umstände, unter denen stationär wie auch ambulant Pflege verrichtet wird, verlangen dringend eine kritische Auseinandersetzung mit dem gegenwärtigen Gesundheitssystem.



Anlässlich des Internationalen Tags der Pflege am 12. Mai 2015 wirbt das »Netzwerk Pflege« in Rüsselsheim, ein loser Zusammenschluss von Beschäftigten in der Pflege, der katholischen Betriebsseelsorge, der Volkshochschule Rüsselsheim und Interessierten, daher einrichtungsübergreifend um breite Solidarität von und mit Beschäftigten in der Pflege und will auf die gegenwärtige Pflegesituation und Ausbildungsbedingungen der Pflege aufmerksam machen.

Was dem Netzwerk am Internationalen Tag der Pflege wichtig ist:

- Einrichtungs- und institutionsübergreifende Solidarität von und mit Beschäftigten in der Pflege
- Betonung der gesellschaftlichen und sozialetischen Bedeutung der Pflege
- Benennung des faktischen Ist-Zustands in der Pflege angesichts des Wettbewerbsdrucks und der politisch gesetzten ökonomischen Rahmenbedingungen, unter denen Einrichtungen höchsten Qualitätsanforderungen genügen sollen
- Attraktivität der Ausbildung in pflegenden Berufen steigern
- Begegnung und Gespräch für eine bessere Pflege heute und in Zukunft

Pflegeberufe aufwerten

Die Solidaritätsaktion will – um der Menschen willen – auf breiter Fläche für die Situation in der Pflege sensibilisieren und sich für eine Aufwertung der Pflegeberufe und deren Ausbildung aussprechen. Echte gesellschaftliche Wertschätzung der pflegenden Dienste aber spiegelt sich nicht allein in Worten an Einzelne wider, sondern in der Realisierung der einrichtungsübergreifenden Probleme, der gezielten politischen Weichenstellung zur Verbesserung der Rahmenbedingungen und der Veränderung im Gesundheitssystem.

Wir freuen uns über rege Teilnahme, Solidaritätsbekundungen und Unterstützung aus anderen Institutionen und Betrieben!

Herzliche Einladung zur Teilnahme an der Veranstaltung am 12. Mai 2015, 17 bis 19 Uhr in Rüsselsheim, Rathaus/Rotunde!

Ja zur Solidarität von und mit Beschäftigten in der Pflege anlässlich des Internationalen Tags der Pflege! Denn: Pflege geht uns alle an!

Ingrid Reidt, Katholische Betriebsseelsorge

Eine neue Willkommenskultur in Rüsselsheim?!

Flüchtlinge und Asylsuchende rücken in der Bundesrepublik immer mehr ins Blickfeld – völlig zurecht! Die Zahl der Heimatlosen und Flüchtlinge steigt weltweit in erschreckendem Ausmaß, verursacht durch immer neue Kriegsherde, totalitäre Regime, religiöse Verfolgung und wirtschaftlich aussichtslose Situationen.

Insbesondere die militärischen Konflikte in Syrien und Irak (nicht nur im Kontext des IS) mit ihren verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung sind fast täglich Gegenstand der Berichterstattung. Nicht nur dort haben ›der Westen‹ und seine Verbündeten lange Jahre Rebellen Gruppen und/oder Regime unterstützt und mit Geld und Waffen versorgt, die heute militärisch bekämpft werden. Ganze Weltregionen sind im Aufruhr, nachdem man sie aus ökonomischen und machstrategischen Gründen systematisch destabilisiert hat. Es ist also nicht verwunderlich, daß die Opfer dieser Entwicklungen an unsere Tür klopfen, weil sie an Leib und Leben auf das Heftigste bedroht sind.

Es stellt sich also die Frage: Wie nehmen wir sie auf, diese Fremden?

Der Begriff ›Willkommenskultur‹ macht in diesem Zusammenhang die Runde: Vorerfahrungen, auch mit den zugehörigen Schwierigkeiten gibt es in Deutschland einige: Mit dem Ende des 2. Weltkrieges und dem nachfolgenden ›Kalten Krieg‹ sind Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen in der jungen Bundesrepublik aufgenommen worden. Obwohl die meisten aus dem gleichen Sprach- und Kulturraum kamen, hatten sie mit den Vorurteilen der Einheimischen zu kämpfen. Die nächste Welle kam mit den Gastarbeitern aus Südeuropa, der Türkei und Marokko, darüber hinaus Asylsuchende aus der ganzen Welt.

In Rüsselsheim hat man meiner Wahrnehmung nach gute Erfahrung mit der Integration von Frem-

den und dem Zusammenleben verschiedener Kulturen gemacht (Opel wirkte hier als Zuwanderungsmagnet): Der Umgangston ist im Alltag freundlicher, offener und vertrauter als ich ihn aus der Landeshauptstadt Wiesbaden kenne – die Rüsselsheimer sind es offensichtlich gewohnt miteinander zu arbeiten und zu leben und bereit, sich in großem Umfang ehrenamtlich für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu engagieren.

Die zentralen Themen in diesem Zusammenhang sind z. Zt. meines Erachtens: Wohnung und Unterkunft, Spracherwerb und Bildung, Arbeit und die Möglichkeit zu Betätigung, sowie die Verbindung von hauptamtlicher Arbeit und ehrenamtlichem Engagement.

Fragen der Unterkunft werden in der Stadt breit diskutiert und sind auf dem Weg zu einer guten Lösung – auch dank der Gewobau, die die Hauptlast der Umsetzung schultern wird.

Arbeit und Betätigung muß stärker in den Blick genommen und nach praktikablen Wegen und Abläufen gesucht werden.

Dem Spracherwerb kommt die Schlüsselstellung zu: Er ist die Voraussetzung, um sich in unserem Land zurechtzufinden. Schon der bloße Augenschein zeigt, dass Bildungsstand, Vorkenntnisse und Sprachvermögen (Englisch!) bei den Neuankömmlingen äußerst unterschiedlich sind. Die gängige Praxis den ersten Sprachunterricht aus Kostengründen in ehrenamtliche Hände zu legen, halte ich für blauäugig.

Meine Forderung: Sprachunterricht gehört in die Hände von Profis! Asylsuchende müssen vom ersten Tag an professionellen Sprachunterricht erhalten! Dass Landkreise und Kommunen dafür zusätzliche Mittel von Land und Bund brauchen ist klar. Doch statt nur auf die Ergebnisse langwieriger politischer Diskussionen zu warten, sollten Landkreise und Kommunen ihre Sprachkurse selbst finanzieren – auch wenn sie unter dem Schuttschirm stehen (so tut es Gießen)!

Das Geld ist gut investiert und die neu entstehenden Schulden würden die Notwendigkeit zusätzlicher Finanzmittel für Asylbewerber überdeutlich machen! Ehrenamtliche hingegen können gut und leicht das professionell erworbene Deutsch üben und den Alltag der Migranten begleiten.

In der Stadt Rüsselsheim ist die Zusammenarbeit zwischen den Haupt- und den Ehrenamtlichen verbesserungsfähig. Es ist zwar löblich eine Helferkonferenz einzuberufen, doch wo bleibt die Rückbindung der Ergebnisse?! Mein Vorschlag: Es sollte schnellstmöglich ein ehrenamtliches Gremium gebildet werden, dass die Arbeit der städtischen Beauftragten begleitet, berät und diese mit den unterschiedlichen Arbeiten der Ehrenamtlichen verbindet. Hier sollte die Koordination der Arbeit stattfinden und über Prioritäten und notwendige Maßnahmen gemeinsam beraten werden. Nur wer gehört, informiert und beteiligt wird, hat auch dauerhaft Lust sich zu engagieren.

Andreas Jung

Der Flughafen und das Terminal 3 – wachsen bis zum schrecklichen Ende?



Nun soll es also gebaut werden, das Terminal 3, für 3 Mrd. Euro, mit noch mehr Lärm, noch mehr Schadstoffen in Luft, Erde und Wasser. Ohne Rücksicht auf die Bevölkerung.

Und in Ignoranz der internationalen Entwicklungen im Flugverkehr, des Aufstiegs neuer gigantischer Flughäfen ›im Süden‹ und des Niedergangs in Frankfurt?

Genau Letzteres ist es jedoch, was das Wachstum ›auf Teufel komm raus‹ erzwingt: die Konkurrenz. Wachsen oder untergehen, das ist die Logik des ›real existierenden Kapitalismus‹. Deshalb auch nur Krokodilstränen bei den Grünen. Deren Wirtschaftsminister nichts Besseres zu sagen hat, als: ›Jetzt werden wir verstärkt darauf achten, dass Fraport weitere Lärm-schutzmaßnahmen umsetzt.‹

Ein ernsthaftes Interesse an einer Einhegung des Flughafens kann man den Grünen so wenig unterstellen wie der CDU (und der SPD). Nicht nur sind Land Hessen und Stadt Frankfurt Mehrheitseigner des Flughafens und bestimmen als Eigentümer letztlich wo, wie und ob investiert wird – also auch ob ein Terminal 3 gebaut wird – sondern sie profitieren als Aktionäre und Steuereinnahmer auch vom Profit der Fraport.

›Die Politik‹ wird also keineswegs von ›der Wirtschaft‹ (hier: der Fraport) bestimmt, ebenso wenig wie umgekehrt. Beide sind jedoch konfliktthaft dem gleichen grundlegenden Interesse verpflichtet: der Aufrechterhaltung der derzeitigen Wirtschaftsweise und der mit ihr untrennbar verbundenen Lebensweise. Jede Infragestellung gefährdet mittelbar oder unmittelbar das materielle Interesse des Staatspersonals, deshalb kommt es jenen einer Gotteslästerung gleich, sich etwa für eine Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 p.A. auszusprechen (das wären ca. 50% der von Fraport für 2020 anvisierten).

Jede Forderung, eine Produktion oder Dienstleistung auf gegebenem Niveau zu belassen, wird als direkter Eingriff in das private Eigentum und dessen Recht auf ›Wachstum‹ verstanden. Denn ohne Wachstum droht, wie gesagt, der Untergang.

Und wenn es mit diesem Wachstum auch noch hapert, dann erst recht. Es ist typisch für eine Entwicklung, die in der Krise ist, dass sie sich zu retten versucht, indem sie sich radikalisiert, ihre Interessen also ›auf Teufel komm raus‹ durchsetzt oder durchzusetzen versucht. Deshalb ein Terminal 3 – und sei es noch so unsinnig.

Michael Flörshaimer



Stolpersteine in Rüsselsheim – zur Zukunft der Erinnerung

Die Verlegung von ›Stolpersteinen‹ hat eine gute Tradition in Rüsselsheim: Wiederholt sind Verfolgte und Ermordete des Naziregimes mit ihren Lebensschicksalen ins öffentliche Bewusstsein gerückt worden. Jüngstes Beispiel sind die Stolpersteine für Izaak de Hartog und Adam Helker, die am 27. Januar 2015 in Anwesenheit von Angehörigen unter großer Anteilnahme der Öffentlichkeit und des Magistrates der Stadt Rüsselsheim verlegt worden sind. Die Adam Opel AG hat die Kosten für die Verlegung der Steine und die Anreise und Unterbringung der Angehörigen von Izaak de Hartog aus Israel und den Niederlanden bezahlt. Ein Mitglied der Geschäftsführung hat an der Verlegung teilgenommen – kein Wunder, denn beide sind ›Opeler‹ gewesen: Izaak de Hartog war jüdischer Zwangsarbeiter und Adam Helker Mitglied des politischen Widerstandes im Werk.

Die Chance der ›Stolperstein‹-Ver-

legungen liegt in der Erinnerung konkreter Schicksale. Mit Jahr und Ort werden Deportation, Flucht, Verhaftung, Tod oder Überleben dokumentiert.

Gleichwohl ist heute die Gedenkkultur einem einschneidenden Wandel unterworfen: Die Generation der Zeitzeugen stirbt aus, der historische Abstand vergrößert sich zusehends und die jüngere Generation hat immer mehr Mühe ein angemessenes Bild von der NS-Zeit zu entwickeln. Auch in Rüsselsheim sind die meisten Schicksale, die für die Verlegung von Steinen in Frage kommen, erforscht und dokumentiert.

Trotzdem geht auch in Zukunft kein Weg an konkreten Lebensgeschichten vorbei: Es sind Menschen, die im Mittelpunkt eines historischen Lernens stehen sollten. Ihre Lebensgeschichten lassen die Folgen von Nationalsozialismus, Rassenwahn und Fremden-

feindlichkeit für nachkommende Generationen anschaulich werden. Schlagworte, Begriffe und Parolen werden leicht blutleer, aber konkrete Geschichten lassen sich mit eigenen Lebenserfahrungen verknüpfen und wecken Empfindungen. Gerade Jugendliche in Schule und Ausbildung können durch eigene historische Recherchen Perspektiven und ethische Maßstäbe für ihr Leben und ihr politisches Handeln entwickeln.

Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die neue Offenheit des Managements der Adam Opel AG: Könnten die unseligen Verstrickungen in die NS-Geschichte nicht zu einem Feld historischen Lernens werden?! Denn nur die genaue Erinnerung kann die Wiederholung der Geschichte verhindern. Vertreter des Vorstandes haben ihre Bereitschaft signalisiert, weitere Einzelschicksale von Zwangsarbeitern bei Opel zu erforschen. Es lohnt sich in diese Richtung weiterzugehen.

Andreas Jung, Sprecher der Initiative STOLPERSTEINE Rüsselsheim

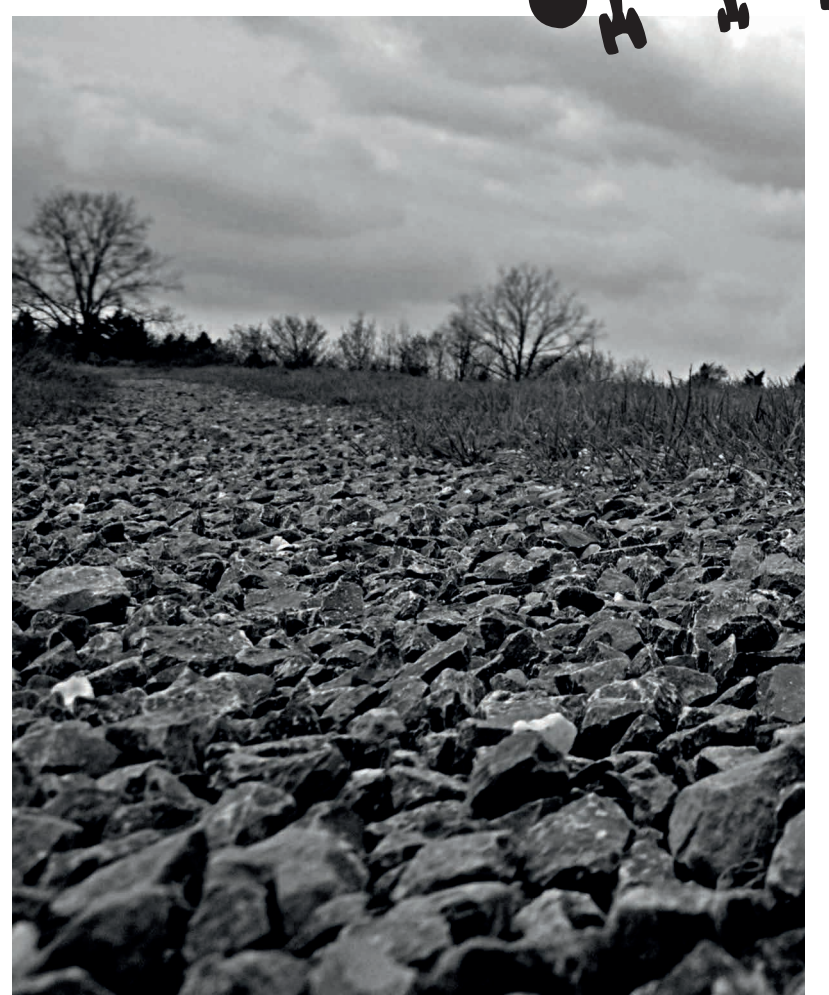


Foto: Rudolpho Duba pixelio.de



Foto: Griechenland-Deals pixelio.de

Gierige Griechen – ausgeplünderte Deutsche?



Was diese ›gierigen Griechen‹ alles wollen: »1000 Euro für Putzfrauen – halbtags«, »Luxusrenten«, eine humanere Flüchtlingspolitik, Rückzahlung eines Zwangskredits aus dem zweiten Weltkrieg, Wiedergutmachung für brutale Zerstörungen, Ausplünderung und mehr als 500.000 Ermordete durch die deutsche Besatzung, ein funktionierendes Gesundheitssystem gar?

Da sagen wir »Ihr griecht nix von uns!« Haben wir den ›faulen Pleite-Griechen‹ nicht schon mehr als genug Hilfe in den weit aufgesperrten Rachen geworfen?

Wer rettet wen?

Nun, bisher haben wir ›den Griechen‹ noch gar nichts zugeworfen. Bisher wurden im wesentlichen nur Kredite von Privatbanken

durch Kredite von EU-Rettungsfonds und IWF abgelöst. In den letzten 20 Jahren haben ›die Griechen‹ an Zinsen und Tilgungen hauptsächlich an deutsche und französische Banken mehr als ein-tausend Milliarden Dollar bezahlt. Und ›die Griechen‹ haben unter der Herrschaft der Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF mit Lohnsenkungen von 23 Prozent, Rentenkürzungen, einem Teilzusammenbruch der Gesundheitsversorgung mit massiv gestiegener Säuglingssterblichkeit bezahlt.

Alle Griechen?

Nicht die Oligarchen, die mit Unterstützung der bisherigen Regierungen und deren politischen Verbündeten in Berlin und Brüssel riesige Profite machen konnten, schon legal kaum Steuern zahlen

mussten und zusätzlich Milliardenbeträge am Fiskus vorbei ins Ausland schleusten. Nicht diejenigen, die von deutschen Konzernen mit hunderten Millionen Euro bestochen wurden, um insbesondere im Rüstungsbereich die für die deutschen Unternehmen so profitablen Einkäufe zu tätigen. Gestützt und gedeckt dabei von den deutschen Regierungen unterschiedlicher schwarz/gelb/rosa/grüner Zusammensetzung.

Medienhetze und Finanzfolter

Dass nun gegen die neue linke Syriza-Regierung, die mit der katastrophalen Politik der Troika Schluss machen, die Schonung der Reichen beenden und die soziale Demontage stoppen will, die mediale Hetze hochgefahren

und die finanziellen Folterinstrumente angewendet werden, ist entlarvend. Entlarvend für eine Politik, die in Deutschland mit Hartz IV und Leiharbeit den größten Niedriglohnsektor Europas geschaffen hat, eine Politik, die auch in Spanien, Portugal, Irland und Italien zu massiven Anstiegen der Arbeitslosigkeit und der Staatsverschuldung geführt hat.

Gerade weil auch nur kleine Erfolge der griechischen Regierung im Verbund mit sozialen Bewegungen ähnliche Bestrebungen in den anderen europäischen Ländern gegen die angeblich alternativlose, maßgeblich von den ökonomisch und politisch Mächtigen in Deutschland getragene Politik stärken könnten, wird mit allen Mitteln versucht, solche Erfolge zu verhindern.

Was tun?

Wie wäre es deshalb, statt mit der Hin- und Übernahme der Bild/FAZ ...-Hetze, mit der Neuaufgabe einer alten Losung: Gierige Griechen und gierige deutsche (spanische, ...) ErzieherInnen, LokführerInnen, Beschäftigte in der Industrie, Arbeitslose, Rentner, Jugendliche – vereinigt euch! Ihr seid es wert!

Heinz-Jürgen Krug, attac

Zur Politik der Troika ist der Film von Harald Schumann und Arpad Bondy »Macht ohne Kontrolle – Die Troika« www.youtube.com/watch?v=E6aNwBwEm6U sehr aufschlussreich.

BEFRISTET

Finger weg!

Befristet eingestellt? Leiharbeiterin? Outgesourced? Auf Mindestlohn? Höhere Gebühren? Höhere Steuern?

Gemobbt? Höheres Arbeitspensum auf weniger Schultern? Höhere Ausgaben bei gleichem Lohn? – Wieso wird's denn eigentlich immer schlechter statt besser?

Ganz einfach: Weil sich noch nicht genügend von uns wehren. Nächstes Jahr wird es so sein, dass ein Prozent der Weltbevölkerung genau so viel besitzt wie der Rest der Welt.

Dieser unglaubliche Reichtum wurde den arbeitenden Menschen abgenommen. Finger weg, muss die Parole lauten! Was unsere Altvorderen erkämpft haben, wollen wir nicht mehr hergeben.

Was uns geklaut wurde, holen wir's zurück!

Fangen wir an und treffen uns zur DGB-Kundgebung am 1. Mai um 10 Uhr auf dem Löwenplatz in Rüsselsheim!

»Keine Wirtschaft, die tötet!«

Gut wirtschaften braucht Mitbestimmung und keine Sparpolitik

Das geplante Tarifeinheitsgesetz und die derzeit verhandelten Freihandelsabkommen CETA und TTIP werden die Situation der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht verbessern. Die erkämpften Rechte der Beschäftigten und der Gewerkschaften werden weiter beschritten. Profitmaximierung um jeden Preis ist das oberste Gebot einer Wirtschaft, die tötet (Papst Franziskus).

DAGEGEN MÜSSEN WIR UNS WEHREN!

Das demokratische Grundrecht der Koalitionsfreiheit und das Streikrecht dürfen nicht angetastet werden. Dies gilt auch fürs Tarifeinheitsgesetz. Ein Betrieb, ein Tarifvertrag als Flächentarifvertrag – das ist für die KAB unerlässlich, um wirksam die Interessen der Beschäftigten vertreten zu können.

KEINE EINSCHRÄNKUNGEN BEIM STREIKRECHT!

Freihandel zerstört Fairen Handel! Unfaire Freihandelsabkommen wie CETA, TiSA, und TTIP senken oder

nivellieren Standards bei Arbeits- und Sozialrechten, die deutlich ausgebaut werden müssten. Mitbestimmung und Rechte der lohnabhängig Beschäftigten werden zum Handelshemmnis einer ausschließlich auf Wachstum und Profit ausgerichteten neoliberalen Wirtschaft erklärt.

Investitionsschutzabkommen verhindern, dass Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmungsformen weiter entwickelt werden. Unternehmen können Staaten verklagen, aber nicht Staaten Unternehmen. Dies lehnen wir entschieden ab.

STOPPT DIE TTIP-VERHANDLUNGEN DER EU-KOMMISSION! KEINE AUSNAHMEN BEIM MINDESTLOHN!

Der Kampf von KAB und Gewerkschaften für einen gesetzlichen Mindestlohn in Deutschland trägt Früchte. Seit Januar wurde die Lohnuntergrenze auf 8,50 Euro pro Stunde festgelegt. Doch immer mehr Ausnahmen, schlechte Kontrollen und Scheinselbstständigkeit verhindern einen menschenwürdigen Lohn für alle.

KEIN LOHN UNTER 9,70 EURO PRO STUNDE!

Gut Wirtschaften braucht fairen Handel und gerechte Löhne!

Hans-Peter Greiner, Katholische Arbeitnehmerbewegung Rüsselsheim (KAB)

Ansprechpartner im »Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit«:

Bernd Heyl, 06152/1877471

Hans-Peter Greiner, 06142/46798

Postanschrift: Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit Weisenauer Straße 31, 65428 Rüsselsheim

Gezeichnete Artikel geben die Position der Organisation oder der Person wieder.

Druckerei: Dorndruck Raunheim dorndruck.de